

Halbwissen und Utopie

Pikettys voluminöse Studie argumentiert auf defizitärer Faktenbasis

WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin, Abteilungsleiter
Publikationen/Bibliothek, Wissen-
schaftliche Dienste / Archiv für
Christlich-Demokratische Politik der
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Thomas Piketty: Kapital und Ideologie,
Verlag C. H. Beck, München 2020 (in
französischer Sprache 2019 erschienen),
1312 Seiten, 39,95 Euro.

Gute Fortsetzungen sind selten, und das Sequel des Buches *Das Kapital im 21. Jahrhundert* bildet leider keine Ausnahme. Der in Paris lehrende Thomas Piketty, gehypt als „Rockstar“ unter den Ökonomen, versucht in einem Band von über 1300 Seiten, wie vollmundig ankündigt, „eine so noch niemals geschriebene Globalgeschichte der sozialen Ungleichheit und ihrer Ursachen, eine unnachsichtige Kritik

der zeitgenössischen Politik und zugleich de[n] kühne[n] Entwurf eines neuen und gerechteren ökonomischen Systems“ zu liefern. Allerdings können die Ergebnisse nicht überzeugen.

Der Autor nimmt also die Geschichte der Ungleichheit und ihrer ideologischen Legitimation in den Blick, das Ganze weltweit und für die letzten Jahrhunderte. Daran schließt er sehr konkrete Diskussionsvorschläge für ein neues Steuersystem an, das zu einer ausgeglicheneren Vermögensverteilung führen soll – angesichts steigender Vermögensunterschiede sowohl in der westlichen Welt als auch in Schwellenländern ein zweifellos brennend aktuelles Thema und ein berechtigtes Anliegen. Als solches hat der Band eine überwiegend sehr wohlwollende Aufnahme bei Rezensionen in der Tagespresse gefunden.

Wie bereits der erste Band beeindruckt die zweite, bewusst als Fortsetzung seines Theoriegebäudes deklarierte neue Studie mit ihrem Umfang und einer erstaunlichen Menge von Grafiken und Tabellen – insgesamt 169 nach Zählung des Rezessenten. Diese Datenfülle, die Piketty aus einem quantitativ arbeitenden, kollaborativen Projekt, der *World Inequality Database* („Bericht zur weltweiten Ungleichheit“), zieht, beeindruckt durch ihre Masse. Auf diesen Daten baut er seine Beweisführung auf, mit ihr erschlägt er die Leser und etwaige Kritiker. Gleichzeitig aber steht und fällt damit auch seine Argumentation. Grund genug, sich die Datengrundlage genauer anzusehen, umso mehr, als – euphemistisch formuliert – schon die Datenbasis des ersten Bandes qualitativ dürftig war.

Um es klar zu sagen: Das ist beim vorliegenden Band nicht anders. Piketty ist kein Wirtschaftshistoriker und hat von historischer Quellenkunde offenbar kaum

eine Ahnung. Als normaler Mensch kann man ohne diese Kenntnisse in der Regel gut leben, schreibt aber auch keine Bücher, die mit historischer Statistik argumentieren. Der Autor tut dies, und es geht schief. Dabei passieren hanebüchene Fehler, und es ist erstaunlich, dass der Beck-Verlag, der für wissenschaftliche Publikationen bisher eine gute Adresse war, solche Versäumnisse hat durchgehen lassen.

UNHISTORISCHE HERANGEHENSWEISE

Symptomatisch ist etwa die Abbildung 0.2 (S. 37), die einen Gleichklang zwischen demographischer Entwicklung und Kaufkraft pro Kopf weltweit suggeriert. Valide historische Statistiken für westliche Länder liegen erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts vor, und dort ist dieser Zusammenhang tatsächlich zu beobachten. Aber Pikettys Statistik beginnt im Jahre 1700, mit einer Pro-Kopf-Kaufkraft von etwa 75 Euro pro Monat. Nun würde den Rezessenten ein Beleg über die Größe der Weltbevölkerung im Jahre 1700 wirklich brennend interessieren. Für dieses Datum liegen für die europäischen Staaten einigermaßen fundierte Schätzungen vor, die Steuerlisten, Haushaltszählungen et cetera substantiiert hochrechnen. Für Afrika und Asien gibt es außerhalb Chinas und Japans jedoch nur wenig Anhaltspunkte; Neuseeland, der pazifische Raum und Australien sind den Europäern noch kaum bekannt, geschweige denn statistisch erfasst, auch der Großteil beider Amerikas nicht.

Von den beiden dargestellten Datensätzen – Bevölkerung und Sozialprodukt – liegt der eine damit nicht einmal

näherungsweise auf historisch gesicherter Grundlage vor. Der andere, das Sozialprodukt, ist noch schwieriger zu berechnen, da ein vermutlich großer Teil der Weltbevölkerung um 1700 überhaupt kein Geld im Wirtschaftsleben benutzt hat. Es ist schlicht nicht möglich, das Sozialprodukt eines an der Subsistenzgrenze lebenden Aborigines-Stammes zu ermitteln; gleiches gilt für auf Tauschwirtschaft basierende afrikanische, teilweise durchaus staatlich organisierte Gesellschaften oder aber auch den Großteil der zeitgenössischen indigenen Gemeinschaften in Nord- und Lateinamerika. Hierbei ist das nicht unbedeutende methodische Problem, heutige Währungen wie den Euro in historische Kaufkraft umzurechnen, noch völlig außer Acht gelassen. Daher erweist sich die Grafik zumindest für die Hälfte des dargestellten Zeitraums als nutzlos. Sie suggeriert Wissenschaftlichkeit, während sie in Wirklichkeit als Fiktion nur dazu dient, die Thesen des Autors zu bestätigen.

Allerdings betreffen die Quellenprobleme nicht nur die historische Statistik, sondern einfachste Grundlagen wissenschaftlicher Genauigkeit und Sorgfalt. Einen breiten Raum nimmt etwa die Abschaffung der Sklaverei ein, bei der Piketty sich darüber echauffiert, dass sie mehrfach mit einer Entschädigung für die Sklavenhalter, nicht aber die ehemaligen Sklaven selbst verbunden war. So selbstverständlich seine Empörung von einem heutigen Standpunkt aus auch scheint, da es unserem Moralverständnis entspricht, so sehr demonstriert diese Wertung die unhistorische Herangehensweise des Autors, der heutige Vorstellungen an die Vergangenheit anlegt. Der Historiker Leopold von Ranke war mit seinem Diktum, dass „jede Epoche ... unmittelbar zu Gott“ sei,

also an ihren eigenen Wertvorstellungen gemessen werden müsse, schon weiter.

Völlig zutreffend wird die Abschaffung der Sklaverei in den USA juristisch mit dem 13. Amendment der US-Verfassung sowie praktisch mit der Kapitulation der Südstaaten im Frühsommer 1865 verbunden. Die illustrierende Grafik freilich (6.4, S. 299), die die weltweite Sklavenpopulation darstellen soll, zeigt noch für 1870 etwa zwei Millionen Sklaven in den Südstaaten der USA – was schlicht falsch ist. Es gibt noch etliche vergleichbare Recherchefehler.

Bei einem wissenschaftlichen Werk, das mit einem derartigen Anspruch dherkommt, wäre ein Sachregister ebenso obligatorisch gewesen wie eine Liste der genutzten Literatur.

„DÜSSELDORFER LEITSÄTZE“ WERDEN ZUR SPD-POLITIK

Die geschilderten Beispiele zeigen, dass die Argumentation Pikettys auf einer unzureichenden Faktenbasis und einer oftmals unhistorischen Herangehensweise beruht. Eine Geschichte der Ungleichheit ist das nicht, sondern eher eine Aneinanderreihung von Momentaufnahmen zur weltweiten Gesellschaftsgeschichte der letzten zweihundert Jahre. Geschildert werden neben der französischen Geschichte, die sehr breiten Raum einnimmt, Entwicklungen in Indien, den USA und Schweden – Letzteres angeblich ein sozialdemokratisches Musterland. Dabei wird auch der Begriff der „trifunktionalen“ Gesellschaft überdehnt (S. 80 ff.), ohne dass sich dabei ein besonderes analytisches Potenzial dieser auf einer Gesellschaftskonzeption des

11. Jahrhunderts aufruhenden Terminologie zeigt. Neben dem statistischen ist daher auch das theoretische Rüstzeug eher dürftig: Beispielsweise fehlt eine Definition dessen, was Piketty unter „Kapital“ versteht. Ebenfalls vermisst man bei aller Faktenhuberei eine solide Übersicht zu einer Ideengeschichte des Eigentums, die Piketty dann in Bezug zur Kapitalbildung setzen könnte.

Gerade wenn man eine Geschichte des Eigentums und seiner ideologischen Rechtfertigung schreiben möchte, wären Kenntnisse der Katholischen Soziallehre und ihrer politischen Umsetzung, die in Europa im Rahmen katholischer beziehungsweise christlich-demokratischer Parteien stattfand, von weit größerer Relevanz als etwa die Hindugesellschaft. Damit soll hier nicht einer europazentrischen Perspektive das Wort geredet werden, jedoch ist die moderne kapitalistische Gesellschaft nun einmal weltweit von europäischen Vorstellungen geprägt worden – sei es durch Adam Smith oder Karl Marx. Die Katholische Soziallehre mit ihrem angestrebten Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital wiederum ist dabei der vielleicht interessanteste Sonderweg, der einzige ernst zu nehmende „dritte Weg“ zwischen Manchesterkapitalismus und sozialistischen Ansätzen. Da Piketty sich aber rein an sozialistischen Idealen orientiert und sich seitenslang an der Akademisierung der Sozialdemokratie arbeitet, nimmt er Geschichte nur durch diese Brille war. In seiner Perspektive ist die Soziale Marktwirtschaft auf Druck der Sozialdemokraten (SPD) von der CDU eingeführt worden: „Ihr Einfluss [der der SPD] ... ging so weit, dass die Christdemokraten (CDU), die ohne Unterbrechung von 1949 bis 1966 regierten, offiziell die ‚soziale

Marktwirtschaft‘ auf ihre Fahnen schrieben, was *de facto* die Anerkennung der zentralen Rolle der sozialen Sicherungssysteme und eine gewisse Machtteilung zwischen Aktionären und Gewerkschaften bedeutete“ (S. 613). Dabei handelt es sich auch nicht, wie man zunächst zugunsten des Autors vermuten möchte, um einen Übersetzungsfehler, sondern es steht inhaltlich gleichlautend im französischen Original (dort S. 569). Aus einem gegen die damals wirtschaftspolitisch marxistische SPD im Bundestagswahlkampf 1949 gerichteten Programm, den „Düsseldorfer Leitsätzen“, die erstmals in der politischen Sphäre den griffigen Terminus „Soziale Marktwirtschaft“ benutzten und entscheidend zum Wahlsieg der Union beitrugen, wird bei Piketty SPD-Politik. Der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher würde sich vermutlich im Grabe umdrehen.

DICHOTOMISCHES GESCHICHTSBILD

Piketty kann kein Deutsch, und das macht sich überall dort, wo von Deutschland die Rede ist, durch grobe Schnitzer bemerkbar. Verblüffend ist, dass die meines Wissens prozentual größte Umschichtung privaten Eigentums, die jemals ein demokratisch regierter Staat vorgenommen hat, in einer Studie zur Geschichte des Eigentums nur am Rande Erwähnung findet. Freilich würde der von einer CDU geführten Regierung beschlossene Lastenausgleich 1952 in der Bundesrepublik, bei dem nominal die Hälfte des westdeutschen Volksvermögens mit Stand 1948 umverteilt wurde, auch nicht mit Pikettys

dichotomischem Geschichtsbild zu vereinbaren sein, nach dem eine gerechte Verteilung des Eigentums immer nur ein Ziel sozialdemokratischer Parteien war und alle anderen politischen Strömungen dem Kapital dienten. Konsequenterweise wird deshalb fälschlich behauptet, dass der Lastenausgleich auch der Sanierung des Staatshaushalts gedient habe (S. 557, frz. S. 517).

120000 EURO FÜR JEDEN 25-JÄHRIGEN

Bleiben noch die Entwürfe eines Steuersystems, die der Autor vorschlägt. Er plädiert durchaus konsequent für eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, die in der Spitze jeweils bis zu neunzig Prozent betragen soll (S. 1206). Unerklärt wie bei allen sozialistischen Autoren bleibt jedoch, wie bei einem solchen Steuersystem Unternehmen entstehen sollen. Erfolgreiche Unternehmen, das zeigen die Wirtschaftsgeschichte des Ostblocks und das heutige China sehr klar, entstehen nur, wenn eine oder mehrere Unternehmerspersönlichkeiten sie entwickeln. Abgesehen von Rohstoffförderern und Rüstungsfirmen mit garantierten Abnehmern sind fast alle erfolgreichen Firmen dort nachsozialistische Neugründungen. Mit solch konfiskatorischen Steuersätzen würden aber Firmen schon früh in ihrer Wachstumsphase enteignet, die unternehmerische Motivation für einen Steve Jobs oder Bill Gates würde gegen null tendieren.

Aus Gründen der Gerechtigkeit darf auch eine Erbschaftssteuer nicht fehlen. Sicherlich ist hier die Kritik Pikettys berechtigt, wenn er die Spreizung und zunehmende Konzentration von Vermögen beschreibt. Als Ausweg schlägt er allerdings vor, aus den Einnahmen einer progressiven Erbschaftssteuer jedem 25-Jährigen einmalig sechzig Prozent eines Durchschnittsvermögens auszuzahlen, also in Frankreich zurzeit etwa 120000 Euro (S. 1207). Wieso es gerechter sein soll, wenn einerseits leistungslos durch Erbschaft erworbenes Vermögen kritisiert wird und dementsprechend eingezogen werden kann, andererseits aber jedermann ebenfalls leistungslos mit dieser Staatserbschaft bedacht werden soll, erschließt sich nicht. Die von Piketty antizipierten positiven Folgen, etwa die Möglichkeit für jedermann, mit dem Geld ein Unternehmen zu gründen, sind meines Erachtens blauäugig. Ein Zyniker sollte bei der Einführung einer solchen Geldverteilungsaktion Aktien von Sportwagenherstellern kaufen, die vermutlich am meisten von einem plötzlichen Geldsegen für 25-Jährige profitieren würden.

Was bleibt? Thomas Pikettys Arbeit ist trotz des Umfangs durchaus angenehm zu lesen, dennoch kann sie aufgrund der gezeigten grundsätzlichen wissenschaftlichen Defizite nur als Denkanstoß dienen. Sie ist über weite Strecken eine Komilation anderer Forschungsleistungen. Die steuer- und vermögenspolitischen Vorschläge sind interessant, aber sicherlich so nicht sinnvoll umsetzbar.